

Wohin treibt das Weltsystem?

In Potsdam arbeitet ein Verein mit seinem rührigen Wissenschaftsverlag daran – in Zeiten der Sprachlosigkeit und kriegerischen Rhetorik – einen publizistischen Ort für Vernunft, fürs Zuhören, Hineinversetzen in die Lage der Gegenseite und die Suche nach gemeinsamen Lösungen zu bieten. Der Verein *WeltTrends e.V.* hat sich zur Aufgabe gemacht, „Wissenschaft, Forschung und Bildung sowie die Debatte und Verbreitung neuer geistes- und sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse“ zu fördern sowie „universitäre und außeruniversitäre Aktivitäten“ zu verbinden.¹

Seit 1993 betreibt der Verein das Zeitschriftenprojekt *WeltTrends*. Der Wissenschaftsverlag gibt auch die bereits in *Z* wiederholt² besprochene Zeitschrift *Berliner Debatte Initial* heraus.

Bis zu 12mal im Jahr erscheinen die schmalen, aber inhaltsreichen Hefte der *WeltTrends*, die deutschen, polnischen, russischen oder chinesischen Autoren eine Plattform geben, um in einen konstruktiven Dialog einzutreten. Unverkennbar sind die tieferen Wurzeln dieses Projekts, dessen Anfänge bis auf das Institut für Internationale Beziehungen der DDR in Potsdam Babelsberg zurückgehen und das heute mit der Universität Potsdam und dem Ost-Institut Poznań/Instytut Zachodni Poznań auf neuer Basis fortgesetzt wird. Die Macher der Zeitschrift verstehen sich als von Parteien und politischen Institutionen unabhängig, und so sind die veröffentlichten Beiträge frei von entsprechenden Zwängen, aber meist prononciert und engagiert.

Das aktuelle Heft 183 (2022)³ unter der Themenstellung „Die Welt als System“ beschäftigt sich mit der gegenwärtigen akut konfrontativen Lage in Europa und in Asien, insbesondere aber mit den langen Entwicklungslinien. Während in den vorhergehenden Heften scharf mit der derzeitigen Konfrontationspolitik ins Gericht gegangen wurde – 180 (2021) „Afghanistan am Scheideweg“, 181 (2021) „Indo-Pazifik. Eine neue Konfliktzone“ und 182 (2021) „Polen und der Norden“ – wird hier sichtlich um eine Einordnung gerungen.

Der Chefredakteur der Zeitschrift, *Raimund Krämer*, umreißt die Probleme des Schwerpunkts zur Weltsystemtheorie und benennt Fragen: „Stehen wir an der Schwelle zu einem ostasiatischen, vom chinesischen Führungsanspruch geprägten Hegemonialzyklus? Wie wurde das europäische Völkerrecht in die Welt exportiert? Wo liegen die Wurzeln für die heutigen regionalen Unterschiede in der Europäischen Union? Gehört der Islam zu den antisystemischen Bewegungen? Und wann kommt das eurasische Verkehrsnetz? Es sind sehr unterschiedliche

¹ Satzung des Vereins WeltTrends e.V. in der Fassung vom 15. Juli 2017 - <http://welttrends.de/res/uploads/WeltTrends-Satzung-2017.pdf> [10.01.2022 19:09].

² Z.B. in *Z* 124 (2020).

³ Die Hefte können für jeweils 5,80 € plus Porto bzw. 3,00 € als pdf bestellt werden bei WeltTrends MedienHaus Babelsberg, August-Bebel-Str. 26–52, D-14482 Potsdam, verlag@welttrends.de. Die Internet-Präsenz: www.welttrends.de.

Fragen, die jedoch aus einer gemeinsamen Perspektive beantwortet werden, der Weltsystemtheorie. Der von Samir Amin, André Gunder Frank und Immanuel Wallerstein verfolgte theoretische Ansatz versteht die Welt als System, in dem ökonomische, politische und kulturelle Prozesse in einem Wechselverhältnis stehen und sich gegenseitig beeinflussen.“ (1) Er reklamiert, dass eine solche Theorie historisch, transnational und interdisziplinär ist. Und er zeigt den Stachel dieser Theorie, denn diese ist vor allem „ein kritischer Ansatz“, mit der „Konsequenz, dass sie an den Universitäten hierzulande kaum gelehrt“ wird (1) Im Heft melden sich ausgewiesene Autoren zu Wort: Andrea Komlosy, Harald Kleinschmidt, Klemens Kaps; Christian Lekon und Ralf Roth.

Andrea Komlosy analysiert im Kontext der Kondratieff-Theorie die aktuellen Akkumulationswellen und deren auch geopolitische Konsequenzen. Sie erinnert: „Der Zerfall der Sowjetunion und die Reintegration der realsozialistischen Staatenwelt in die internationale Arbeitsteilung ermöglichten einen ungeheuren Expansionsschub. Auch Öffnung und Reform in China boten der Verlagerung der Billiglöhnpromotion kostengünstige Standorte und Arbeitskräfte.“ Sie verweist auf die neuen Möglichkeiten Chinas, die sich in der Krise ab 2007 gezeigt hatten. Dennoch betont sie: „Das westliche Bündnis aus USA und Europäischer Union verfügt jedoch trotz wirtschaftlicher Führungsschwächen weiterhin über hohe Innovationskraft, den US-Dollar als Weltwährung sowie die militärische Stärke, um den im (Neo-)Kolonialismus etablierten, überproportionalen westlichen Zugriff auf die globalen Ressourcen zu verteidigen.“ (25) Die Autorin sieht die Ablösung des industriellen Kapitalismus durch neue Produktionsprinzipien. Und sie warnt in einer breitgefächerten Kritik an den bestehenden, durchaus konträren Machtzentren vor übertriebenem Optimismus im Hinblick auf einen progressiven sozialen Wandel. Denn „die autoritäre staatliche Steuerung sowie die Akzeptanz sozialtechnischer Verhaltensmodifikation in der Bevölkerung“ erweist sich gerade in Pandemiezeiten „als eine notwendige Begleitung in der Auseinandersetzung um eine Erneuerung der globalen Hegemonie“ (25). Ob das positive Wirkungen haben wird bleibt offen, Komlosy befürchtet aber nicht nur „die Verletzlichkeit eines zunehmend auf Maschinenintelligenz beruhenden Systems“, sondern um „das Bedürfnis vieler Menschen nach Selbstbestimmung und Komplexitätsreduktion“ (26).

Und doch waren dem Rezensenten in der aktuellen Situation zwei andere Analysen noch wichtiger, weil sie die praktisch-politische Seite dieses Ringens im Weltsystem verdeutlichen. *Bernhard Stahl*, Professor für internationale Politik in Passau, analysiert die Außenpolitik der Merkel-Jahre und kommt zu einem fatalen Schluss: In den 16 Jahren ihrer Regierungszeit hat sich die außenpolitische Wirksamkeit Deutschlands verschlechtert. „Natürlich wirkt die ... Kritik an der Außenpolitik der Merkel-Jahre überzogen, wenn man sie mit der Außenpolitik anderer wichtiger Staaten vergleicht: Die aggressive Außenpolitik Russlands, die wirre Politik Trumps oder der Realitätsverlust des Vereinigten Königreichs lassen die deutsche Außenpolitik vergleichsweise glänzen. Aber gemessen an den Erfordernissen einer *one world*, dem Schutz demokratischer Werte und einem aufgeklärten Humanismus kommt die Außenpolitik der letzten Jahre wie

ein augenreißendes Taumeln daher. Reaktionär ist die deutsche Außenpolitik sicher nicht in all ihren Motiven, aber im Ergebnis: Präventive Institutionenpolitik wurde längst aufgegeben (die letzte globale Neugründung war der Internationale Strafgerichtshof 2002), revolutionäre Bewegungen nur rhetorisch gelobt, aber faktisch im Stich gelassen, die Politik autoritärer Restaurationsmächte gestützt.“ (60) Deutschland ist also für ihn nicht wirklich Gestalter, auch wenn er praktische Einflussnahmen von Kiew über Kabul bis Bamako – unabhängig von ihren Ergebnissen – kleinredet. Erfreulicherweise schreckt Berlin oft noch vor dem letzten machtpolitischen Schritt zurück.

Noch näher am Puls der Zeit ist *Walter Schilling*, Militärattaché in den Wendejahren in Moskau, Politikwissenschaftler und guter Kenner der russischen Politik, mit seiner Analyse der aktuellen Konflikte. Er verwahrt sich gegen Versuche – gerade im Zusammenhang mit der Ukraine –, alte Konfrontationsmuster zu reproduzieren. Merkel bescheinigt er den bis zu ihrer Abschiedsvisite bei Putin durchgehaltenen Versuch, den Gesprächsfaden auch gegen US-Druck aufrechterhalten zu haben. Schilling warnt davor, darauf zu verzichten, „mit wichtigen Gegenspielern ‚im Gespräch (zu) bleiben‘ und seine genuinen Interessen (zu) verfolgen“. Russland dürfe man in Washington und Berlin nicht unterschätzen, es sei keine Macht im Niedergang. Vielmehr bestimme „die Führung Russlands im Verhältnis zu Deutschland und zur Ukraine das Gesetz des Handelns“. Das müsse auch eine neue Bundesregierung beachten und dürfe nicht in „altes Denken“ zurückfallen. Es gehe nicht mehr um die Sowjetunion. „Eine Verschärfung des Konflikts mit Russland, die mit einer Unterstützung der Forderungen des ukrainischen Staatspräsidenten und der Aufnahme der Ukraine in die NATO verbundene wäre, sollte nicht auf der Tagesordnung der deutschen Politik stehen. Vielmehr gilt es, der Diplomatie Vorrang einzuräumen und einen für alle Seiten tragbaren Modus Vivendi zu erreichen.“ (11)

Stefan Bollinger

Absoluter Individualismus – Internationale Bewegung der Impfverweigerer

Die Zeitschrift *Sozial.Geschichte Online* veröffentlicht einen äußerst anregenden Text, in dem sich der italienische Linke Sergio Bologna – lange Jahre Hochschullehrer für die Geschichte der Arbeiterbewegung und der Industriegesellschaft –, mit der globalen Bewegung der Impfverweigerer befasst.¹ Aus marxistischer Sicht gehört der kurze Text zum Besten, was bisher über diese auch in Deutschland virulente Bewegung geschrieben wurde.

Die Bewegung pflegt, so Bologna, eine spezifische Vorstellung von „Freiheit“, mit deren Hilfe ihr ein bemerkenswerter Spagat von der extremen Rechten bis zu

¹ https://sozialgeschichteonline.files.wordpress.com/2022/01/bologna_idee_der_freiheit_vor_veroeffentlichung_sgo_31.pdf, Heft 31

Teilen der Linken gelungen ist. Der Freiheitsbegriff sei durch die politische Rechte von einem historisch klassengebundenen (Bürgertum und Kapital im 19. Jahrhundert) hin zu einem des absoluten Individualismus verändert worden, wodurch sie an zentrale Erfahrungen im gegenwärtigen Kapitalismus anknüpfen könne. Freiheit als von jeder gesellschaftlichen Verantwortung oder Einbindung gelöste Vorstellung, das unbeschränkte Recht zu haben, das zu tun, was man will, ohne sich um die Vor- oder Nachteile seines Handelns für andere kümmern zu müssen.

Bologna attestiert den Impfverweigerern ein solches Verständnis von Freiheit und sieht die Bewegung vor allem aufgrund des damit verbundenen Sozialdarwinismus als Ausdruck der extremen Rechten, unabhängig davon, dass sich die Anhänger:innen ganz unterschiedlichen politischen Richtungen zurechnen. Verändert habe sich der Typus der extremen Rechten, der sich nicht mehr am Modell des Faschismus orientiere, welcher schließlich alles andere als eine individualistische Idee gewesen sei. Heute seien Autoritarismus und Individualismus eine perfekte Verbindung eingegangen.

Der Staat als vergesellschaftende Instanz stehe diesem absoluten Individualismus als Feind gegenüber, weshalb die Impfverweigererbewegung für Bologna „im Kern eine Bewegung gegen den Staat ist.“ Sie habe keinen Klassencharakter, sondern sei vielmehr Ausdruck der tendenziellen Auflösung der Mittelklassen, der Arbeiter:innenklasse und der Transformation der Arbeitswelt. Sie entspreche dem „neoliberalen Modell“ und sei Ausdruck der Erfahrung der Individuen in einem „neuen Stadium des Kapitalismus“, der von Internetgiganten wie Google, Amazon oder Facebook dominiert werde. Dessen zentrales Charakteristikum sei eine Form der kommunikativen „Demokratisierung“, die es den Individuen scheinbar erlaube, mit der Welt zu kommunizieren und auf dem Markt zu handeln, ohne die alten hierarchischen Kommandostrukturen. Vermittelnde Institutionen wie Staat, Verbände, Gewerkschaften etc. würden scheinbar nicht mehr gebraucht, weshalb es keinerlei Bereitschaft mehr gebe, sich ihren Entscheidungen zu unterwerfen. Die real erfahrene Ohnmacht in den anonymisierten Marktbeziehungen fördere die Geburt von Phantasmen in Form von Verschwörungserzählungen.

Diese Form des Individualismus sei die radikalste Negation all dessen, wofür die Arbeiter:innenbewegung und die Linke stehe. Deren Kritik und Erwartungen gegenüber der öffentlichen Gesundheitsvorsorge und die linke Kritik an Profitlogik und Verhalten der Pharmaindustrie, kommen bei den Impfverweigerern nicht vor, weshalb es für Linke in solchen Bewegungen nichts zu gewinnen gebe.

Gerd Wiegel

Klassismus und Wissenschaftsfeindlichkeit

In Folge der Weltwirtschaftskrise erwachte nach 2008 ein neues Interesse an Karl Marx' kritischer Analyse des Kapitalismus. Auch in bürgerlichen Blättern wie der *FAZ* wurde über Marx diskutiert, und an den Universitäten und Hochschulen entstand eine neue Kapitallesebewegung. Etwa zur selben Zeit, im Jahr

2009, veröffentlichten Andreas Kemper und Heike Weinbach ein Buch über „Klassismus“. Darin reanimierten sie einen Begriff aus den Vereinigten Staaten, der ihnen offensichtlich geeignet zu sein schien, um die Ungleichbehandlung von Menschen unterschiedlicher sozialer Herkunft anzuklagen und entsprechende subjektive Erfahrungen zu thematisieren. Von soziologischer Theorie und insbesondere von Marx und vom Marxismus grenzten sich Kemper und Weinbach in zum Teil scharfer Form ab.

Heute wird in den Medien kaum noch über Marx diskutiert. Um die Kapitallesebewegung ist es eher still geworden und die Linkspartei steckt in einer ernsthaften Krise. Demgegenüber hat der Begriff des Klassismus zunehmend an Prominenz gewonnen, zumindest im akademischen Bereich und in („sozialen“) Medien. Selbst der damalige SPD-Kanzlerkandidat und jetzige Bundeskanzler Olaf Scholz twitterte im Oktober 2020 über Klassismus. Er beklagte den „Mangel an Respekt gegenüber vielen, die hart arbeiten“. Sein fragwürdiges Lob der „harten Arbeit“ lenkte indes von der Frage ab, für wessen Vorteil und Profit gearbeitet wird. Allenfalls thematisierte Scholz Symptome des Kapitalismus, aber nicht den Kapitalismus selbst.

Es lohnt sich, diesen Hintergrund zu berücksichtigen, wenn man den Heftschwerpunkt zu Klassismus des *Forum Wissenschaft* liest.¹ In mehreren Beiträgen wird dafür plädiert, mit dem Klassismus-Begriff subjektive Erfahrungen angesichts sozialer Ungleichheit zu beschreiben und dies mit einer Analyse des Kapitalismus zu verbinden. *Susanne Pawlewicz* geht davon aus, dass sich Menschen als „Subjekte auf eine Weise konstituieren, die eine Affirmation der Verhältnisse lanciert“ (4). Deshalb brauche es „eine materialistische Kritik, die die in das Subjekt und sein Handeln eingeschriebenen ökonomischen Wirkungen“ berücksichtige (ebd.). Der Neoliberalismus treibe eine Individualisierung voran, weshalb es „strategisch bisweilen fruchtbar“ sei, wenn „Kapitalismuskritik – dem Zeitgeist entsprechend – eine zunächst individualisierte Ebene“ fokussiere. Anschließend könne man „die strukturellen Ursachen der Abwertung“ (5) – gemeint ist eine „klassistische“ Abwertung von Individuen – offenlegen. Konflikte zwischen klasstheoretischen und sogenannten identitätspolitischen Positionen betrachtet Pawlewicz als den Ausdruck einer „patriarchalen Deutungskonkurrenz“ (6).

Ihre Argumente, die in ähnlicher Weise auch von anderen Autorinnen und Autoren vertreten werden, werfen mehrere Probleme und Fragen auf: Erstens wird menschliche Subjektivität in poststrukturalistischer Manier einseitig als Effekt von Unterwerfung verstanden. Dagegen lässt sich einwenden, dass Menschen – als biologische und soziale Wesen – in ihrem Handeln durch Bedürfnisse und Interessen motiviert sind, angesichts derer sie sich nicht nur unterwerfen, sondern auch Widerstand leisten und kollektiv die gesellschaftlichen Verhältnisse umgestalten können. Eine Alternative zum Poststrukturalismus wären materialistische Subjekttheorien wie z.B. die Kritische Psychologie. Zweitens ist die Argumentation weitgehend unhistorisch; in ihr gibt es nur kapitalistische Ge-

¹ Forum Wissenschaft, H. 4/2021, 67 S., 8 Euro.

genwart. Dass die menschliche Geschichte (auch) als Geschichte von Klassenkämpfen untersucht werden kann, ist kein Thema. Drittens bleibt unklar, wie man von einer falschen Prämisse – der zeitgeistkonformen individualisierenden Deutung sozialer Ungleichheit – zu einer richtigen Gesellschaftsanalyse gelangen können sollte. Eine solche Analyse wird angemahnt, aber nicht skizziert. Als ein zentrales Problem des Kapitalismus erscheinen nicht Produktionsverhältnisse, Krisen und Ausbeutung, sondern die Abwertung von Menschen anhand von Merkmalen der sozialen Herkunft oder Stellung.

Dies lässt sich vielleicht als Hinweis auf eine verschärfte Konkurrenz interpretieren, die nicht zuletzt im universitären Leben um sich greift und die ein tieferer Grund für die Popularität des Klassismus-Begriffs in Teilen der akademischen Linken sein könnte. „Klassismus“ wäre dann ein Begriff zur Notwehr gegen unerwünschte Bewertungen innerhalb von Konkurrenzverhältnissen. Dies würde auch erklären, warum materialistische Gesellschaftsanalyse in den Hintergrund gerät und manchen sogar als unnötiger Umweg erscheint. Übrigens hat die Mehrheit der Verfasserinnen und Verfasser ein pädagogisches Fach studiert, Disziplinen also, die selbst mit der Bewertung des Verhaltens und der Leistungen von Menschen befasst sind.

Beiträge, die Klassismus-Theoreme von einem materialistischen Standpunkt aus grundsätzlicher hinterfragen, stammen von *Maria Neuhaus* sowie von *Lena Hezel* und *Steffen Güßmann* (es handelt sich um einen gekürzten Nachdruck aus *Z 126*). Weitere lesenswerte Aufsätze haben unter anderem *Mai-Anh Boger* (zum Verhältnis von Klassismus, Rassismus und Sexismus) und *Gisela Notz* (zu ihrer Biografie als „Arbeitertochter“) vorgelegt.

Einem gänzlich anderen Thema widmen sich die *Marxistischen Blätter*.² Anlässlich der Leugnung bzw. der Ignoranz gegenüber der Corona-Pandemie und der globalen Klimaerwärmung beschäftigt sich der Schwerpunkt mit dem Phänomen der Wissenschaftsfeindlichkeit. *Claudius Vellay* skizziert philosophische Grundlagen einer marxistischen Wissenschaftsauffassung. Wissenschaft, so der Autor, setze „erstens voraus, dass es etwas gibt, was erkannt werden kann, und dass zweitens die Fähigkeit des Erkennens sich entwickelt“ (29) habe. Das gesellschaftliche „Sein“ und das Bewusstsein des Menschen werden als das Ergebnis einer natur- und sozialgeschichtlichen Genese charakterisiert. Mit Blick auf historische Prozesse betont Vellay, dass man sich „von einem versimpelnden Basis-Überbau-Schema“ (33) befreien müsse, demzufolge ökonomische Entwicklungen bestimmte Ideen produzierten. „Ideen entstehen in den Köpfen konkreter Menschen, die zwar immer von jeweils vorgefundenen gesellschaftlichen Bedingungen ausgehen, aber sich zu diesen gedanklich doch relativ frei positionieren können.“ (Ebd.) Im Hinblick auf die Forschung betont Vellay das „Praxiskriterium der Wahrheit“ (34) und hält dem bürgerlichen Wissenschaftsbetrieb vor, dem Kriterium des logischen inneren Zusammenhangs von Aussagen den Vorzug zu geben. Allerdings dürfte keines der beiden Kriterien für sich

² Marxistische Blätter, H. 1/2022, ca. 159 S., 9,50 Euro.

genommen hinreichend sein. So gibt es z.B. psychologische Befunde, deren Beweiswert trotz experimenteller Bewährung zweifelhaft bleibt, weil ihre begrifflich-logischen Voraussetzungen fraglich sind. Umgekehrt können nicht alle wissenschaftlichen Fragen primär durch praktischen Eingriff in die Wirklichkeit entschieden werden; man denke etwa an historische Zusammenhänge, zu deren Klärung zwar Quellen herangezogen werden müssen, aber sonstige unmittelbar praktische Belege nicht in Betracht kommen. Dies dürfte auch für die durchaus anfechtbare These gelten, der Marxismus habe auf wissenschaftlichem Wege die Notwendigkeit erkannt, „zu einer bewusst geplanten Gesellschaft überzugehen, d.h. zu einer sozialistisch-kommunistischen Gesellschaftsordnung“ (37).

*Joachim Hösl*er verteidigt in seinem Beitrag die Wissenschaftlichkeit der Geschichtsschreibung und kritisiert vor diesem Hintergrund konservativ-identitäre Ansätze. Zuzustimmen ist ihm, wenn er postuliert: „Aufgabe der Wissenschaft ist es, an dem Streben nach Objektivität festzuhalten. Wird dieser Anspruch aufgegeben, gibt Wissenschaft sich auf.“ (52) Dazu passt es jedoch nur bedingt, wenn Hösler annimmt, dass die Sicht der Akteure auf historische Ereignisse – in seinem Beispiel die Russische Revolution – von deren Standort abhängig sei (51). Immerhin könnten sich auch historische Akteure um Objektivität bemüht haben; soweit ihnen dies gelungen ist, lassen sich ihre Einsichten nicht mehr ausschließlich auf ihren sozialen und politischen Standort zurückführen, soweit wie die Erkenntnisse einer Historikerin auf den ihren.

Der Schwerpunkt enthält weitere Beiträge von *Monika Münch-Steinbuch* zur Wissenschaftsfeindlichkeit angesichts der Pandemie, von *Klaus Müller* zu den Grundlagen der neoklassischen Ökonomie, von *Werner Zimmer-Winkelmann* zum Eklektizismus in der Gruppendynamik und von *Hans-Peter Brenner* zur „Klassenfunktion“ von Wissenschaft. Für sich genommen ist die Mehrzahl der Texte lesenswert, auch wenn man nicht jedes Argument teilen muss. Insgesamt vermisst man aber einen inneren Zusammenhang zwischen den Analysen. Relativ wenig Aufmerksamkeit erfährt die soziale Basis gegenwärtiger wissenschaftsfeindlicher Bewegungen, die ja auch in der politischen Linken Anhänger finden.

Michael Zander